

# Immer mehr Milliarden fürs Militär?

# NICHT MIT MIR

**10 Argumente gegen den Hochrüstungskurs der Bundesregierung**

# Kritik der Abschreckungslogik

## Warum uns Aufrüstung nicht sicherer macht

**Abschreckung gilt vielen als Garant für Sicherheit – jedoch führt sie in das sogenannte Sicherheitsdilemma: Aufrüstung wird vom Gegner als Bedrohung wahrgenommen und löst bei ihm wiederum Aufrüstung aus. So entsteht statt Stabilität eine Rüstungsspirale und wachsendes Misstrauen.**
Laut einer Greenpeace-Studie gaben die europäischen NATO-Staaten – ohne die USA – bereits 2023 deutlich mehr für Rüstung aus als Russland, schon vor dem 5-%-Ziel![1] Dennoch fühlt sich der Westen bedroht. Dieses Bedrohungsgefühl gibt es aber auch auf der anderen Seite.
Dazu kommt: Wenn sich Deutschland wie von der Bundesregierung geplant zur militärischen Drehscheibe macht, wird es früher oder später auch zur militärischen Zielscheibe. **Nicht Abschreckung hat in der Vergangenheit die kriegerische Konfrontation der Großmächte verhindert, sondern Menschen in Politik, Militär und Zivilgesellschaft, die auf Deeskalation, Abrüstung und Rüstungskontrolle drängten.** Trotzdem kam es zu hochriskanten Fehlwahrnehmungen.[2] Diese Situationen konnten rechtzeitig entschärft werden, weil es Kommunikationskanäle, Dialogformate und zeitliche Spielräume und damit Eingriffsmöglichkeiten gab.
Doch durch immer schnellere Kriegsführung verkleinern sich diese Spielräume rapide. Die Automatisierung und der Einsatz von KI verkürzen die möglichen Reaktionszeiten enorm. Damit steigt das Risiko von Fehleinschätzungen und technischen Pannen.
Die Logik der Abschreckung setzt zudem voraus, dass der Gegner stets rational handelt. Ein rational handelnder Gegner wäre aber auch ein Partner für Deeskalation und Verhandlungen. **Statt finanzielle und intellektuelle Ressourcen für Abschreckung zu verschwenden, sollten wir sie für Diplomatie, Abrüstung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit verwenden.** Wir müssen eine kooperative Sicherheitsarchitektur aufbauen, um Interessengegensätze auf nicht-militärischem Wege zu bearbeiten, durch Abrüstungsverträge, Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen und konstruktive Konfliktbearbeitung.

1 https://www.greenpeace.de/frieden/kraeftevergleich-nato-russland
2 https://atomkrieg-aus-versehen.de/

## 2

# Wir können uns die Hochrüstung nicht leisten

## Was die Abschreckung uns kostet

**Auf dem NATO-Gipfel 2025 wurde eine fatale Weichenstellung beschlossen: Das verbindliche 5-%-Aufrüstungsziel bis 2035. Laut NATO-Vorgaben sollen die Mitgliedsstaaten bis 2035 5 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) fürs Militär und für militärisch relevante Infrastruktur ausgeben.** Die Forderung, 5 % des BIP für Rüstung auszugeben, klingt abstrakt – doch konkret bedeutet das für Deutschland fast 230 Mrd. € pro Jahr. Zum Vergleich: Der gesamte Bundeshaushalt 2025 beträgt etwa 525 Mrd. €. Somit entsprechen 5 % des BIP mehr als 40 % aller Staatsausgaben – und das, obwohl die Bereiche Bildung, Soziales, Klimaschutz und Infrastruktur bereits heute massiv unterfinanziert sind.

3,5 % des 5-%-Ziels sind als reine Militärausgaben vorgesehen, weitere 1,5 % sollen für die militärische Ertüchtigung der Infrastruktur ausgegeben werden. Diese Infrastrukturmittel mögen zuerst einmal harmlos klingen, sind aber riskant und kontraproduktiv, weil der Ausbau der zivilen Infrastruktur vernachlässigt wird. Wir brauchen Investitionen in unsere Infrastruktur, etwa einen zuverlässigen öffentlichen Verkehr oder funktionierende Krankenhäuser, gute Kinderversorgung und Bildungsmöglichkeiten. Diese Investitionen sind wichtig, damit wir im Frieden gut leben können und den innergesellschaftlichen Frieden erhalten. **Wenn Infrastruktur primär im Hinblick auf militärischen Nutzen geplant wird, bleiben die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung auf der Strecke. So bauen wir keine Wege zueinander, sondern Aufmarschgebiete für den nächsten Krieg.**

# Vorfahrt für Panzer statt für Menschen?

## Wie die Militarisierung konkret vor Ort unser Leben verschlechtert

Während unsere Kommunen seit Jahren unterfinanziert sind, verschärft die Priorisierung militärischer Projekte diese Engpässe noch. **Kommunen erhalten nur 14 % der Steuereinnahmen, aber sie müssen davon 25 % der öffentlichen Ausgaben stemmen. Es drohen Mittelkürzungen für Schulen, Kitas, Krankenhäuser und beim sozialen Wohnungsbau, weil ein wachsender Anteil öffentlicher Gelder in Verteidigung fließt.** Auch der Druck auf den Wohnungsmarkt steigt noch mehr, wenn Flächen für dringend benötigten Wohnraum durch militärische Infrastruktur verknappt werden.
Selbst die Zuwendung von 1,5 % des BIP für militärische Infrastrukturverbesserungen wird vor Ort wenig helfen: Das Militär braucht Transitstrecken nach Osten, um schnell große Truppenverbände verlegen zu können, wir brauchen dagegen deutschlandweit ein gut vernetztes Bus- und Bahnsystem.
Aber statt marode Straßen und Brücken zu sanieren, werden kommunale Strukturen stärker nach sicherheitspolitischen Bedarfen ausgerichtet: Sie sollen sich in Verteidigungspläne einfügen, Flächen werden für Übungen oder Liegenschaften beansprucht und zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser sollen im Ernstfall militärische Anforderungen priorisieren.
**Für Kommunen bedeutet das nicht nur zusätzliche organisatorische Belastungen, sondern auch den Verlust von Gestaltungsspielräumen, etwa wenn geplante Wohn- oder Gewerbegebiete zugunsten militärischer Flächennutzung zurückgestellt werden.** Die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Rüstungsproduktion fällt deutlich geringer aus als in Branchen, die Leben und Zukunft sichern. So verschärft die Militarisierung die Probleme in den Kommunen, was soziale Ungleichheiten verstärkt und demokratische Teilhabe schwächt.

Mehr Informationen zum Zusammenhang von Aufrüstung und kommunaler Finanzmisere in der IMI-Analyse 2026/02: „Finanzpolitische Schieflage. Militarisierung und die kommunale Zeitenwende“[3].

3 https://www.imi-online.de/2026/02/04/finanzpolitische-schieflage/

# 4 Die Profiteure des Abschreckungswahns

## Wie mit Steuergeldern Rüstungskonzerne gefüttert werden

**Während in Schulen der Putz bröckelt und bei Sozialleistungen gekürzt wird, knallen in den Chefetagen der Rüstungskonzerne die Sektkorken. Rüstungskonzerne wie Rheinmetall, Thyssen-Krupp, Hensoldt u. a. streichen auf unsere Kosten Milliarden ein.** Seit dem Ukraine-Krieg explodieren ihre Aktienkurse, Gewinne und Dividenden – finanziert durch Steuermilliarden für Aufträge des Bundes und der NATO.

2025 hatte Rheinmetall einen Umsatz von fast 10 Mrd. € – der Aktienkurs stieg von ca. 80 € vor dem Ukrainekrieg auf zwischenzeitlich über 2.000 € pro Aktie. Allein von 2024 auf 2025 stieg der operative Gewinn des Konzerns um 33 % auf mehr als 1,8 Mrd. €. Davon profitiert nicht die Gesellschaft, sondern Aktionär*innen und Manager*innen.

Das Perfide: Mit unseren Steuern werden nicht nur Waffen gekauft, sondern auch Geschäftsmodelle gefördert, die als Grundkonzept Kriege verlängern und zivile Opfer in Kauf nehmen. **Statt in Frieden zu investieren subventionieren wir eine Industrie, die von Konflikten profitiert. Schlimmer noch: Recherchen (u. a. von Correctiv und ARD) zeigen, dass Rheinmetall-Treibstoffpumpen in russischen Kamikaze-Drohnen (Typ Lancet) verbaut wurden – also in Waffen, die ukrainische Städte bombardieren.** Wie kann das sein? Durch lückenhafte Exportkontrollen und Schlupflöcher im internationalen Handel. Während sich der Konzern als „Systempartner der Bundeswehr“ inszeniert, landet seine Technik bei verschiedenen Kriegsparteien.

# Zwangsdienst statt Freiheit

## Die Wehrpflicht ist nicht nur unbeliebt, sondern auch teuer

Die Bundesregierung bereitet die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht vor – obwohl die Mehrheit der Betroffenen sie ablehnt und die Zahlen der Kriegsdienstverweigerung steigen. Laut Umfragen (z. B. DeZIM-Institut 2025) lehnen 58 % der 18- bis 28-Jährigen eine Pflicht zum Dienst an der Waffe klar ab. Trotzdem droht die Wiederbelebung: **Falls sich nicht genug Freiwillige für die Aufstockung der Bundeswehr (Ziel bis 2035: 260.000 Soldat*innen) finden oder der Bundestag der Ansicht ist, dass die „verteidigungspolitische Lage" dies erfordere, soll die Wehrpflicht reaktiviert werden.**

Die „Modernisierung des Wehrdienstes" (beschlossen Dezember 2025) verursacht Mehrkosten von 2,66 Mrd. € bis 2029 – für Unterkunft, Ausbildung, Verwaltung und Entschädigungen. Allein die Bearbeitung von KDV-Anträgen kostet den Staat weitere 200 Mio. € pro Jahr – bei erwarteten 50.000 Anträgen jährlich[4].

Hinzu kommen versteckte Folgekosten: Milliardensummen werden für die Sanierung von Kasernen und Neubau aufgewendet, wer Zwangsdienst leistet, trägt nicht zur gesellschaftlichen Wertschöpfung bei. Das neoliberale Ifo-Institut berechnet die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht für nur 5 % eines Jahrgangs mit allein vier Milliarden € pro Jahr.[5]

**Die Wehrpflicht ist teuer und sie ist gegen den Willen der Betroffenen. Statt junge Menschen gegen ihren Willen zu rekrutieren, sollte das Geld in Bildung und Zukunftssicherung (z. B. Klimaschutz) investiert werden.**

4 Quelle: BMVg-Gesetzentwurf (Dez. 2025)https://www.bmvg.de/resource/blob/5988804/d1c61437234ee4b30e-ae48f2994cceea/dl-regierungsentwurf-gesetz-modernisierung-des-wehrdienstes-data.pdf
5 https://www.ifo.de/DocDL/ifo_Forschungsbericht_144_Wiedereinfuehrung-Wehrpflicht.pdf

# Raketen sind Magneten

## Wie Hochrüstung das Risiko eines Atomkriegs verstärkt

**Bei der weltweit stattfindenden Hochrüstung geht es keineswegs nur um Soldat*innen, Panzer und Gewehre. Die Aufrüstung umfasst konventionelle und Atomwaffen bis hin zu einer Aufrüstung des Weltraums. Am bedrohlichsten ist das Risiko eines Atomkriegs.**

Schon mit den ersten 100 Milliarden, die unmittelbar nach dem russischen Überfall auf die Ukraine für die Bundeswehr als „Sondervermögen“ bereitgestellt wurden, wurden Atombomber vom Typ F-35 für die Fortsetzung der sogenannten nuklearen Teilhabe bestellt. Mit Ersatzteilen und Wartung werden allein für diese Atombomber 10 Mrd. € ausgegeben[6].

**Ebenfalls hochriskant ist das Streben nach Mittelstreckenwaffen. Weil die ursprünglich vorgesehene Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland in 2026 nicht mehr kommen wird, treibt die Bundesregierung jetzt den Kauf eigener Marschflugkörper voran.** Mittelstreckenwaffen sind so gefährlich, weil sie mit minimalen Vorwarnzeiten strategische Ziele wie Kommandozentralen, Atomwaffenlager oder Frühwarnanlagen weit im Hinterland des Gegners angreifen können. In der Abschreckungslogik könnte ein Gegner deshalb geradezu gezwungen sein, die Stationierungsorte dieser Waffen mit einem Präventivschlag anzugreifen.

Diese Gefahr hat dazu geführt, dass die USA und die Sowjetunion mit dem INF-Vertrag 1987 die Abrüstung dieser Waffengattung vereinbarten. Nachdem die USA und Russland 2019 den Vertrag gekündigt haben, beginnt nun ein Wettrüsten in diesem Bereich. Aber Mittelstreckenwaffen machen uns nicht sicherer, im Gegenteil. Sie machen Deutschland zum potenziellen Ziel eines (möglicherweise sogar nuklearen) Angriffs: Raketen sind Magneten!

6 https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/sondervermoegen-luftwaffe/kampfjets-f-35-luftwaffe

# Es gibt Alternativen

## Zivile Konfliktbearbeitung und Soziale Verteidigung

**Militärische Mittel werden aus Angst befürwortet. Aber ist das Militär wirklich geeignet, unsere Leben und eine funktionierende Gesellschaft zu bewahren? Schließlich werden gerade diese durch militärische Verteidigung zerstört.** Daher muss der Bevölkerungsschutz Vorrang vor militärischen Verteidigungsstrategien haben.

Gibt es also geeignetere Mittel? Ja! Auf der zwischenstaatlichen Ebene etwa Diplomatie, Mediation und Dialog. Diese benötigen generell zwar viel weniger Geld als das Militär, werden momentan aber zusätzlich mit drastischen Sparmaßnahmen belegt. Das schwächt zivile Instrumente, die für die Prävention von Gewaltkonflikten und für Konfliktbearbeitung und Friedensförderung unerlässlich sind, statt sie zu stärken.

Dabei gibt es gute Alternativen zur militärischen Abschreckung: die Soziale Verteidigung, die auf die Wehrhaftigkeit einer Gesellschaft ohne Waffen setzt. Die massenhafte Verweigerung (Nichtkooperation) der Bevölkerung gegenüber einem Aggressor kann die Kosten einer militärischen Besatzung in die Höhe treiben, so dass diese sich weniger lohnt – und das mit erheblich geringerer Zerstörung und höchstwahrscheinlich viel weniger Todesopfern.[7]

**Politische Bemühungen müssen auf Soziale Verteidigung, zivile Krisenprävention, gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Widerstand, Diplomatie und Dialog, Friedenslogik und eine Kultur des Friedens ausgerichtet werden.**

7 https://soziale-verteidigung.de/wp-content/uploads/2023/10/flyer-BSV-2023-WEB.pdf

## Gut fürs Treibhaus

### Wie Aufrüstung die Klimakatastrophe anheizt

**Militär und Rüstung tragen massiv zur Klimakrise bei. Allein das US-Militär verbrennt mehr fossile Energieträger als manche Volkswirtschaften.** Und schon ohne den Einsatz in Übungen, Manövern oder gar Kriegen erzeugt allein die Herstellung des Kriegsgeräts Klimaeffekte. Aber in den Klimaabkommen und den Klimaberichten der Staaten sind militärische Emissionen weitgehend ausgenommen. Nach einer Studie des Transnational Institute gemeinsam mit weiteren Partner*innen würden Militärausgaben in Höhe von 5 % des BIP zu Emissionen in Höhe von 2.760 Millionen Tonnen $CO_2$-Äquivalenten ($MtCO_2e$) zwischen 2025 und 2030 führen. Das ist nur etwas weniger als die gesamte EU pro Jahr ausstößt. Allein der zusätzliche Ausstoß gegenüber dem 2-%-Ziel (1.122 $MtCO_2e$) würde die jährlich erforderliche Emissionsreduzierung zunichte machen, um das EU-Ziel für 2030 zu erreichen, die Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken.

Hinzu kommt: Die Aufrüstung der NATO-Staaten durch Militärausgaben, die 5 % des Bruttoinlandsprodukts entsprechen, würde bedeuten, dass diese zwischen 2025 und 2035 19 Billionen US-Dollar nur dafür ausgeben. **Allein von dem Zuwachs von 2 auf 5 % könnten für diese und zwei weitere Jahre sämtliche Klimaschutzmaßnahmen aller Entwicklungsländer (ca. eine Billion US-Dollar) bezahlt werden.** Stattdessen werden die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit, die auch in Klimaprojekte investiert werden, massiv reduziert. Während Deutschland seine Verteidigungsausgaben Jahr für Jahr erhöht, wird der Entwicklungsetat massiv gekürzt und soll 2027 bei nur noch 9,47 Mrd. € liegen – eine Kürzung um mehr als ein Viertel im Vergleich zu 2022.[8]

8 https://www.tni.org/en/publication/natos-35-spending-goal

# Rüstung oder Rente?

## Wie Aufrüstung auf Kosten unserer Sozialleistungen bezahlt werden soll

Die Bundesregierung trommelt seit Monaten dafür, dass der Sozialstaat beschnitten werden muss. Bundeskanzler Merz (CDU): „Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar." Dass gleichzeitig die Rekordaufrüstung von der Schuldenbremse ausgenommen wurde, zeigt die Prioritätensetzung dieser Politik. **Wenn Geld für Waffen fehlt, werden neue Schulden gemacht, wenn es um den Sozialstaat geht, drohen „Reformen", die unsere Sozialleistungen kürzen.** Die Rüstungslobby und viele Politiker*innen sehen kein Problem darin, den Sozialetat zu kürzen und stattdessen Aufrüstungsmilliarden zu finanzieren. Das militärnahe Magazin Europäische Sicherheit & Technik sprach schon 2023 offen aus: „Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfes decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. [...] Rüstung oder Soziales. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist."[9]

Auch wenn die Aufrüstung über Rekordschulden finanziert wird, werden diese Schulden irgendwann gegen den Sozialstaat in Anschlag gebracht. **Die Wahl ist simpel: Entweder wir stoppen den Rüstungswahn, oder wir erleben einen historischen Abbau von Renten und Sozialleistungen.**[10]

9 Henckel, Ole: Die neue Nationale Sicherheitsstrategie – Vorbote einer harten Debatte, Europäische Sicherheit & Technik, 4.7.2023
10 https://www.imi-online.de/2024/02/02/ruestung-durch-sozialabbau/

# 10

## Was wir stattdessen haben könnten

### Vergleich von militärischen Ausgaben und zivilen Alternativen

Wenn es um Rüstung geht, werden schnell Rekordsummen genehmigt. Aber wenn es um die Bedarfe der Bevölkerung geht, gibt es leere Kassen und Sparvorgaben. Umrechnungen wie diese zeigen, wie stark politische Prioritäten darüber entscheiden, ob Geld in Sicherheit durch Abschreckung oder in Sicherheit durch soziale Infrastruktur fließt.[11]

| Militärische Ausgaben | » | Zivile Alternativen |
|---|---|---|
|  Zwei **Leopard 2A8 Kampfpanzer**: **54 Mio. €** | » |  Gesamte Bundesförderung des **Zivilen Friedensdienstes** im Jahr 2026: **65 Mio. €** |
|  Ein **F-35 Kampfbomber**: **286 Mio. €** | » |  Durchschnittlicher jährlicher Investitionsbedarf von **100 kleinen Krankenhäusern** |
|  Ein **Tomahawk-Marschflugkörper**: **1,7 Mio. $** | » |  Jahreseinnahmen (brutto) von **11 bis 12 psychotherapeutischen Praxen** |
|  Sechs **Schuss Munition DM11** (Panzer/Rheinmetall): **36.000 €** | » |  Ein Jahresgehalt (netto) **einer Grundschul-Lehrkraft** |
|  Eine **Patriot Rakete**: **4,6 Mio. $** | » |  Defizite von ca. **18 kommunalen Schwimmbädern** für ein Jahr |
|  Eine **Eurofighter-Flugstunde**: **60.000–88.000 €** | » |  Ein bis zwei **Erzieher*innen** einer öffentlichen Schule für ein Jahr |

11 Leopard: https://www.bmvg.de/de/aktuelles/leopard-2-a8-neue-kampfpanzer-fuer-die-brigade-litauen-5810986
F35: https://www.spiegel.de/wirtschaft/f35-kampfjets-sollen-bundesregierung-knapp-zehn-milliarden-euro-kosten-a-f2db3cf3-3bfa-4b7b-a9af-25579ee80ab3
Krankenhäuser: https://www.dki.de/fileadmin/publikationen/investitionsfaehigkeit_der_deutschen_krankenhaeuser.pdf
Flugstunde Eurofighter: https://www.n-tv.de/incoming/Teure-Flugstunde-des-Eurofighter-article1374061.html
Patriot-Rakete: https://www.bloomberg.com/news/features/2026-03-10/iran-s-attack-drones-and-missiles-put-us-military-under-unexpected-strain
Schwimmbäder: https://archive.is/Dwwju
Psychotherapie: https://www.bdp-verband.de/aktuelles/detailansicht/faktenblatt-verguetung-psychotherapie

# NICHT MIT MIR

## Werde aktiv gegen den Rüstungswahn!

Die Rüstungspirale stoppt nicht von alleine.
Es braucht unseren Widerstand.
**Das kannst du tun:**

- Unterschreibe den **Abrüstungsappell** und sammle weitere Unterschriften
- Informiere andere: Bestell diese **Broschüre** und verteile sie.
- Geh auf die Straße: Achte auf Ankündigungen zu **Aktionen** der Friedensbewegung.
- Organisiere dich: Schließ dich einer **Friedensgruppe** an oder gründe eine.

**Herausgeber / Kontakt:**
Kampagne gegen Hochrüstung, c/o Netzwerk Friedenskooperative, Mackestr. 30, 53119 Bonn

**Bestellung & Infos:**
dfg-vk.de, friedenskooperative.de, ippnw.de, koop-frieden.de, naturfreunde.de, ohne-ruestung-leben.de, pax-christi.de, soziale-verteidigung.de

**V.i.S.d.P.:** Marvin Mendyka, Netzwerk Friedenskooperative, Mackestr. 30, 53119 Bonn

**Unterstützt von:**

Bund für soziale Verteidigung BSV
DFG-VK Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen
IPPNW
Ohne Rüstung Leben
pax christi Internationale Katholische Friedensbewegung
Kooperation für den Frieden
NaturFreunde Deutschlands
Netzwerk Friedenskooperative